

Mercosur-Abkommen: Merz sieht „große Bereitschaft“ zu Abschluss

Von János Allenbach-Ammann & Till Hoppe

Der Kanzler sieht bei seinem ersten EU-Gipfel eine große Bereitschaft, das Handelsabkommen „jetzt auf den Weg zu bringen“. Kommissionspräsidentin von der Leyen präsentiert beim Gipfel auch eine Idee für eine neue Alternative zur WTO.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich nach dem EU-Gipfel zuversichtlich gezeigt, das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zügig zu verabschieden. „Es gibt eine große Bereitschaft, jetzt zu einem Abschluss zu kommen und dann das Abkommen auch in Kraft zu setzen“, sagte er nach dem [EU-Gipfel](#) in Brüssel. Sein Ziel sei es, das Abkommen unter den Mitgliedstaaten einstimmig zu beschließen.

Merz sieht keine Initiativen anderer Mitgliedstaaten, eine Sperrminorität zu organisieren. Er habe in seinen Gesprächen mit Emmanuel Macron eine große Bereitschaft gesehen, „das jetzt auch auf den Weg zu bringen“. Frankreichs Präsident ist aber nach wie vor skeptisch: „Wir können das Abkommen im aktuellen Zustand nicht akzeptieren“, sagte nach dem Gipfeltreffen. Er forderte ein rechtlich bindendes Zusatzprotokoll, das einen Schutzmechanismus für die Landwirtschaft beinhaltet.

Die Kommission will in Kürze den Ratifizierungsprozess einleiten. Sie wird den Text und die Architektur des Handelsabkommens voraussichtlich [kommende Woche](#) an Rat und Europaparlament übergeben. Da die Kommission den Handelsteil des Abkommens separat mit einer qualifizierten Mehrheit ratifizieren lassen will, hat Frankreich nur begrenzte Möglichkeiten, das Handelsabkommen zu stoppen.

Macron beklagte wiederholt die aus seiner Sicht fehlende Kohärenz der europäischen Handelspolitik. Während man den eigenen Firmen hohe Umweltstandards auferlege, öffne man den heimischen Markt für Unternehmen, die sich nicht an dieselben Standards halten müssten. Diese fehlende Kohärenz ist einer der Gründe, weshalb Frankreich am Gipfel eine Diskussion über die Klimaziele 2040 anstoßen wollte.

„Ich unterstütze diese Klimaziele“, sagte Macron. Gleichzeitig wolle er aber klarmachen, dass deren Erreichung an Bedingungen geknüpft sei, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht gefährden sollen. Neben einer kohärenten Handelspolitik seien auch Technologieneutralität, Flexibilität und viele Investitionen notwendig.

Von der Leyen präsentierte beim Gipfel auch eine Idee für eine neue Alternative zur WTO. Die angestrebte Zusammenarbeit zwischen der EU und den elf Staaten des transpazifischen Freihandelsblocks CPTPP könne „der Anfang einer Neugestaltung der WTO“

sein, sagte sie. So könne man der Welt zeigen, dass ein freier und regelbasierter Handel weiter möglich sei. Die USA und China sind bei CPTPP außen vor.

Merz zeigte sich angetan von der Idee. Bislang handele es sich zwar nur um eine rudimentäre Idee. Diese biete angesichts der Funktionsunfähigkeit der WTO etwa die Chance, Handelsstreitigkeiten im Rahmen eines einheitlichen Streitbeilegungsmechanismus zu behandeln. Die entsprechenden Gremien der WTO sind nur noch eingeschränkt funktionsfähig, weil die USA die Nachbesetzung von Richtern blockieren.

Es war der erste EU-Gipfel für Merz. Er habe die „gute, sehr interessante und tiefgehende Diskussion“ genossen, sagte der neue Kanzler. Es sei zwar ein langer Tag gewesen, der sich mit den Vortreffen über 16 Stunden hinzog. „Aber diese Zeit lohnt sich.“

Der Gipfel beriet auch das weitere Vorgehen in den Zollverhandlungen mit den USA. Aus Washington war am Donnerstag ein neuer Vorschlag eingetroffen. Die US-Regierung skizzierte darin ihre Vorstellungen für eine Rahmenvereinbarung (Agreement in principle). Während der Diskussion durften die Staats- und Regierungschefs ihre Mobiltelefone nicht mitnehmen in den Saal, anders als sonst protokollierte auch kein Mitarbeiter des Rates mit.

Merz drängte beim Gipfel erneut auf eine schnelle Einigung. Er verwies darauf, dass deutsche Exporteure etwa in der Stahl- oder Autoindustrie derzeit hohe US-Zölle abführen müssten. Der Kanzler glaubt nicht, dass Trump von den Zöllen ganz abrücken wird – schon, weil der Präsident die Einnahmen für den Haushalt braucht. Er setzt deshalb darauf, den Handelsstreit möglichst zügig zu befrieden. Auch, wenn die EU dafür mehr Zugeständnisse machen muss als die US-Seite.

Merz könnte wohl leben mit einem Deal, wie ihn Großbritannien mit den USA vereinbart hat. Trump erklärte sich darin bereit, den Zollsatz von 27,5 Prozent auf britische Autos auf 10 Prozent zu senken, allerdings begrenzt auf 100.000 Fahrzeuge. Dafür schluckte London, dass der pauschale Zoll von zehn Prozent auf eine breite Palette von Exporten erhalten bleibt und machte Zugeständnisse bei Einfuhren von Rindfleisch, Ethanol und Industrieprodukten.

Interesse an einer schnellen Vereinbarung haben alle Mitgliedstaaten. „Ein Deal ist wichtig für die Planungssicherheit der Unternehmen“, sagte etwa der irische Regierungschef Micheál Martin. Doch einige Regierungen halten es für verhandlungstaktisch unklug, dies zum jetzigen Zeitpunkt öffentlich so zu betonen.

Einige bezweifeln auch die Machbarkeit von Merz' Forderung, die Vereinbarung auf wenige Branchen zu begrenzen. Die Unterhändler der Kommission sind der Überzeugung, dass Trump gerade von den Sektorzöllen auf Stahl, Autos und womöglich auch Medikamente oder Halbleiter schwierig abzubringen sein wird. Hier könnte Trump noch neue Zölle erlassen, weshalb sich die EU-Unterhändler auf schwankendem Boden bewegen. In den Verhandlungen hat Washington darauf bestanden, diese Sektorzölle erst ganz zum Schluss zu thematisieren.

Von der Leyen strebt eine Rahmenvereinbarung bis zur Deadline am 9. Juli an. Doch die Kommissionspräsidentin hätte dafür gerne ein Druckmittel in Form möglicher Vergeltungsmaßnahmen in der Hand. Ein Paket über 26 Milliarden Euro hat die EU bereits als Antwort auf die Stahlzölle beschlossen, aber ausgesetzt, ein weiteres, deutlich größeres wird derzeit in der Kommission finalisiert.

Der Appetit darauf sei zumindest derzeit gering unter den Staats- und Regierungschefs, berichten Diplomaten. Sollte Trump gar nicht auf die Europäer zugehen, könnte sich das aber ändern: Wenn keine Einigung zustande komme, „werden wir natürlich angemessene Gegenmaßnahmen ergreifen müssen“, sagte der belgische Ministerpräsident Bart De Wever.

Macron geht noch einen Schritt weiter: „Auf gar keinen Fall“ könne die EU eine Situation akzeptieren, in der ihre Produkte von Zöllen betroffen sind, ohne dass die EU gleichwertige Gegenmaßnahmen ergreift. Was in der Form von Zöllen von den EU-Firmen abgeschöpft werde, müsse in gleichem Masse von US-Firmen abgeschöpft werden. Allerdings fürchtet die Regierung auch eine Eskalation, welche die heimischen Wein- und Spirituosenhersteller treffen könnte.

Offen ist, inwiefern die EU bereit ist, sich in der Interpretation ihrer eigenen Gesetze anzupassen. Laut Berichten von *Wall Street Journal* und *Handelsblatt* diskutiert die Kommission die Idee eines gemeinsamen DMA-Ausschusses mit den USA. Im Ausschuss soll die Anwendung des Digital Market Acts auf US-Unternehmen diskutiert werden. Die USA hätten somit eine Mitsprache bei der Anwendung von EU-Recht.

Die Kritik folgte umgehend. Mehrere europäische Digitalverbände sprachen sich am Mittwoch in einem [offenen Brief](#) an die Kommission gegen eine Einmischung der USA aus. Für europäische Start-ups sei der DMA ein wichtiges Instrument, um faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Diplomaten am EU-Gipfel hinterfragten auch die Signalwirkung an die eigene Bevölkerung, wenn man Gesetze für große US-Firmen nur noch in abgeschwächter Form anwenden würde.